

Meinungswandel zur Sicherheitspolitik

Neutralität verliert an Attraktivität

Im Auftrag des Verteidigungsministeriums wurde kürzlich vom Marketinstitut in Linz die periodische Erhebung der Haltung der österreichischen Bevölkerung zur Sicherheitspolitik vorgelegt. Die Erhebung der Daten erfolgte zwischen dem 5. und 27. Oktober 1998, wobei 998 Österreicher, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 18 Jahren, befragt wurden. Bei dieser Stichprobengröße und einem Signifikanzniveau von 95,45 % resultiert eine maximale statistische Schwankungsbreite von $\pm 3,16$ %.

1. Wichtige Faktoren für die österreichische Sicherheit

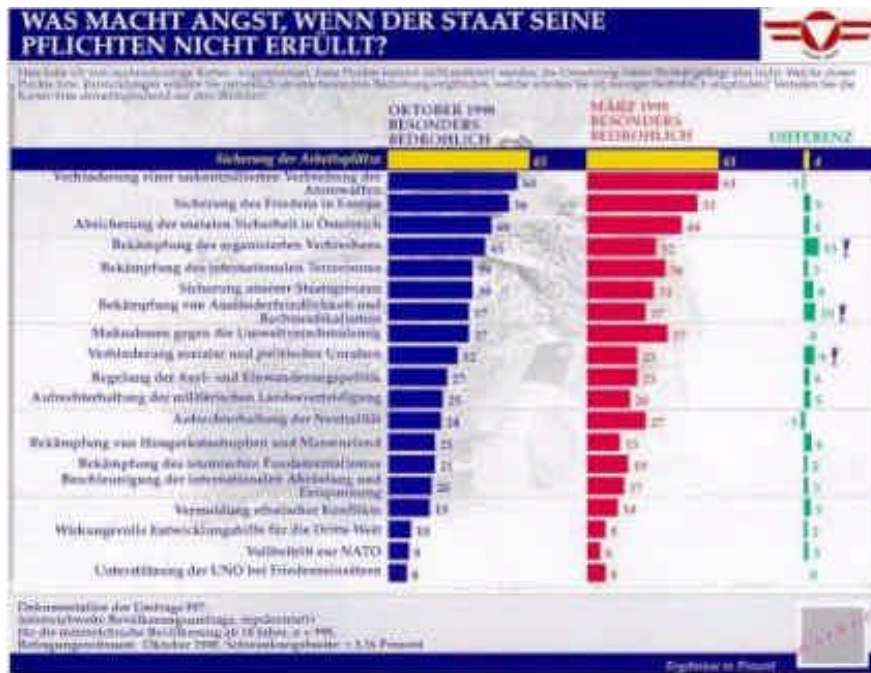
Für die österreichische Bevölkerung haben die Sicherheitsthemen, insbesondere auch innere Sicherheit, an Bedeutung gewonnen – die Bekämpfung des organisierten Verbrechens verbuchte seit März 1998 mit einem Anstieg von 37 % auf 52 % den größten Bedeutungszuwachs. Weiters haben Aufgaben wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Kontrolle der Flüchtlingsströme, die Verhinderung sozialer und politischer Unruhen bzw. instabiler politischer Verhältnisse und die Vermeidung ethnischer Konflikte deutlich zugelegt. Die Neutralität verliert in dieser geänderten Ausgangsposition an Bedeutung: Kommt man auf die sinnvollen Maßnahmen für die Sicherheit Österreichs zu sprechen, so liegt die Neutralität zwar weiter an erster Stelle, verliert jedoch deutlich an Relevanz. Es spricht sich zwar nach wie vor eine Mehrheit der Österreicher für eine Beibehaltung der Neutralität aus, doch sind die Fans der Neutralität im letzten halben Jahr deutlich weniger geworden; sprachen sich im März 1998 noch 67 % der Österreicher für eine Beibehaltung der Neutralität aus, sind es im Oktober nur mehr 59 %! Die Neutralität ist – nach Meinung der Österreicher – auf dem Weg in die „Veralterung“ und wird als weniger zeitgemäß eingeschätzt als noch von wenigen Monaten und Jahren.

Die Solidarität und die Zustimmung zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem erreicht, trotz einer weiterhin großen Uninformiertheit, den höchsten Zustimmungswert, und auch die NATO ist weiterhin im Aufwind: Bei der Auslotung der Einstellung zum NATO-Beitritt stimmen – ohne nähere Informationen zum Wesen der NATO zu erklären – 46 % für einen Beitritt und 51 % dagegen (siehe auch Abschnitt 4). Der Rückstand der NATO-Befürworter ist nur mehr gering. Und hilft man mit Informationen zur NATO nach, die zweifellos nötig sind, weil weiterhin großes Unwissen in der Bevölkerung vorherrscht, finden sich etwas mehr NATO-Fürsprecher als Gegner.

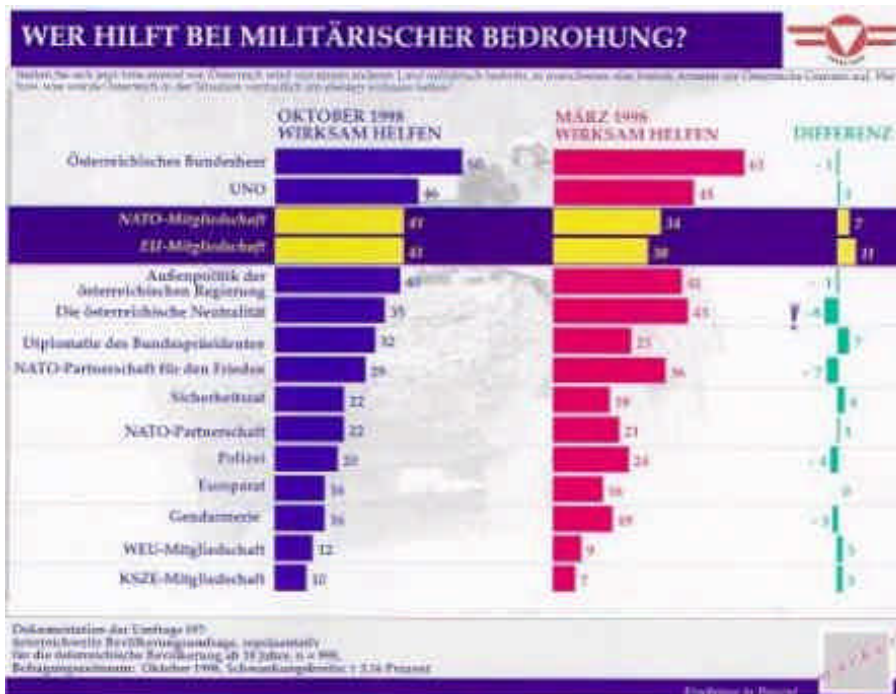
2. Was macht Angst, wenn der Staat seine Pflichten nicht erfüllt?

Unter den fünf wichtigsten Gründen für ein Bedrohungsgefühl werden von den Befragten in dieser Reihenfolge genannt: Sicherung der Arbeitsplätze (65 %), Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung der Atomwaffen in Europa (60 %),

Sicherung des Friedens in Europa (56%), Absicherung der sozialen Sicherheit in Österreich (48 %) und Bekämpfung des organisierten Verbrechens (45 %)

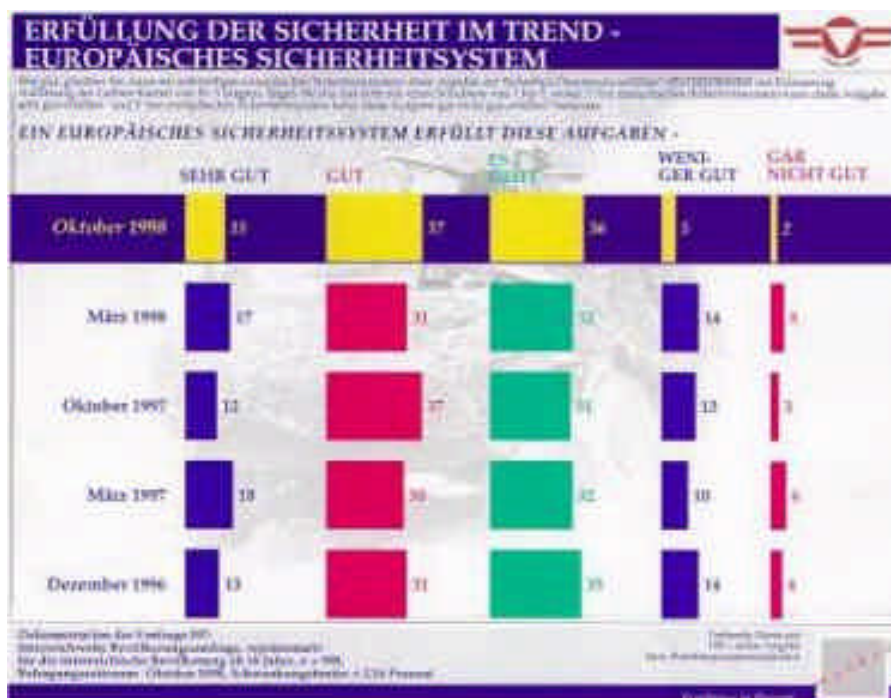
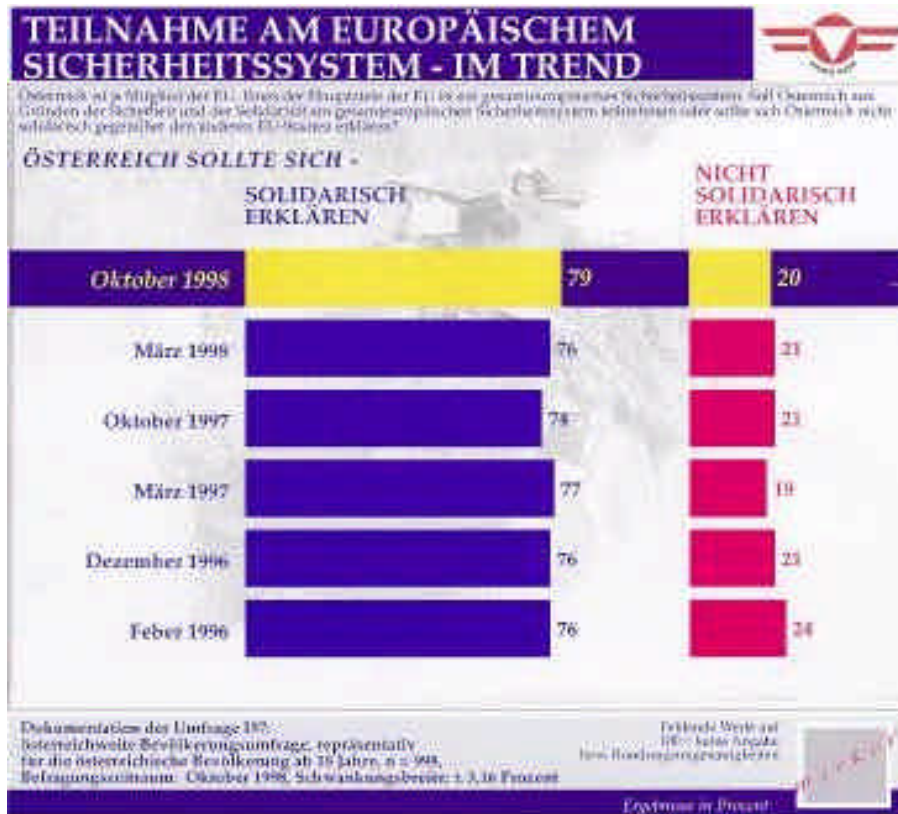


Die wirksamste Hilfe bei militärischer Bedrohung erwarten sich 60 % der österreichischen Bevölkerung vom Bundesheer und 46 % von der UNO. Bereits mit je 41 % folgen NATO-Mitgliedschaft und EU-Mitgliedschaft auf Platz 3.



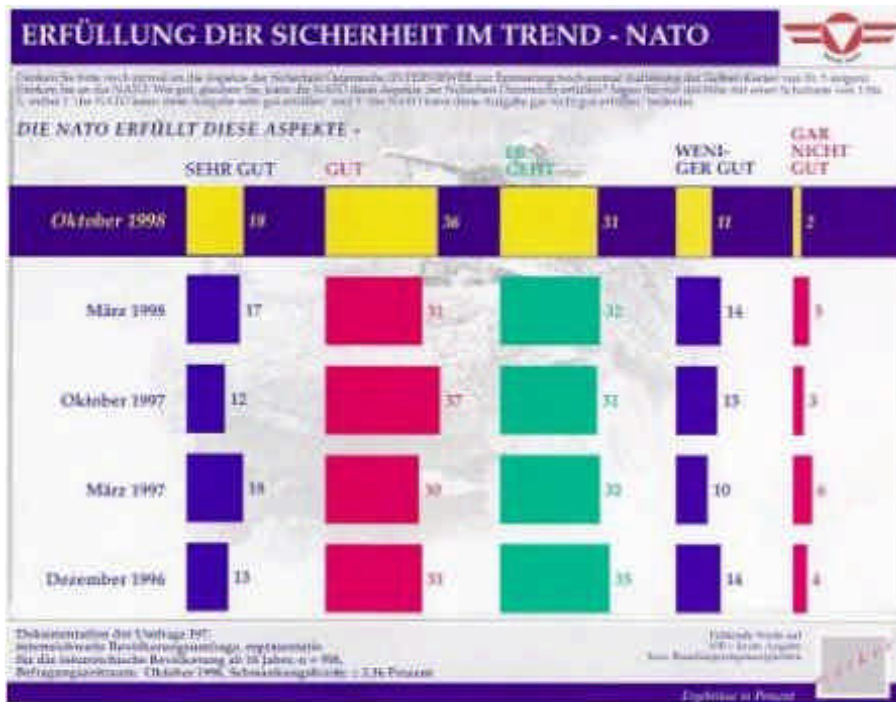
3. Die Österreicher sind solidarisch

Die Österreicher sind solidarisch und offen für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit anderen: Etwa 80 Prozent sind dafür, daß sich Österreich solidarisch an einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem beteiligt. Angemerkt werden muß allerdings der eher unverbindliche Inhalt des Begriffes „Gesamteuropäisches Sicherheitssystem“.



4. Österreich und die NATO

Mehr als 80 % glauben, daß die NATO Österreich im Fall einer Bedrohung wirkungsvoll schützen könnte.

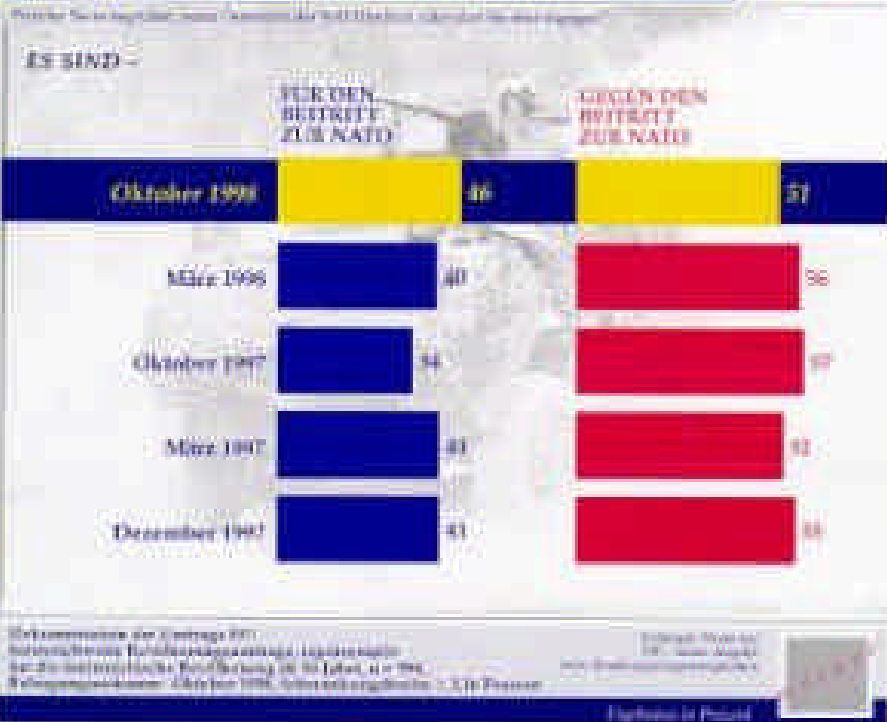


Die Zahl der Befürworter eines NATO-Beitrittes nimmt mit steigender Informiertheit zu. Wird die Funktion der NATO, die ein Beistandspakt ist, näher erläutert, zeigt sich auch ein etwas höheres Niveau der Zustimmung¹.

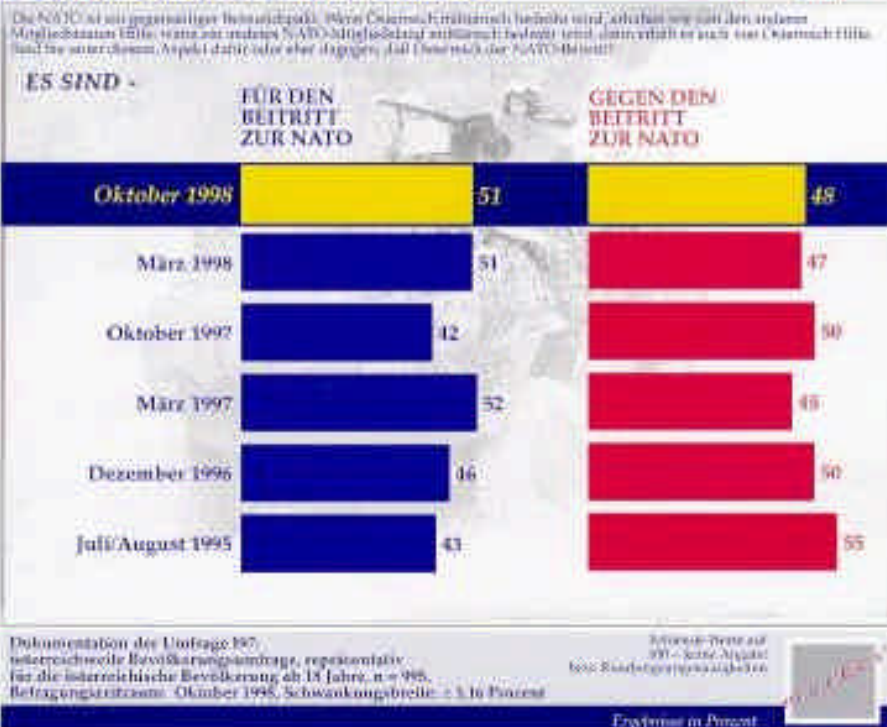
¹ Frage 1: Würden Sie es begrüßen, wenn Österreich der NATO beitrifft, oder sind Sie eher dagegen?

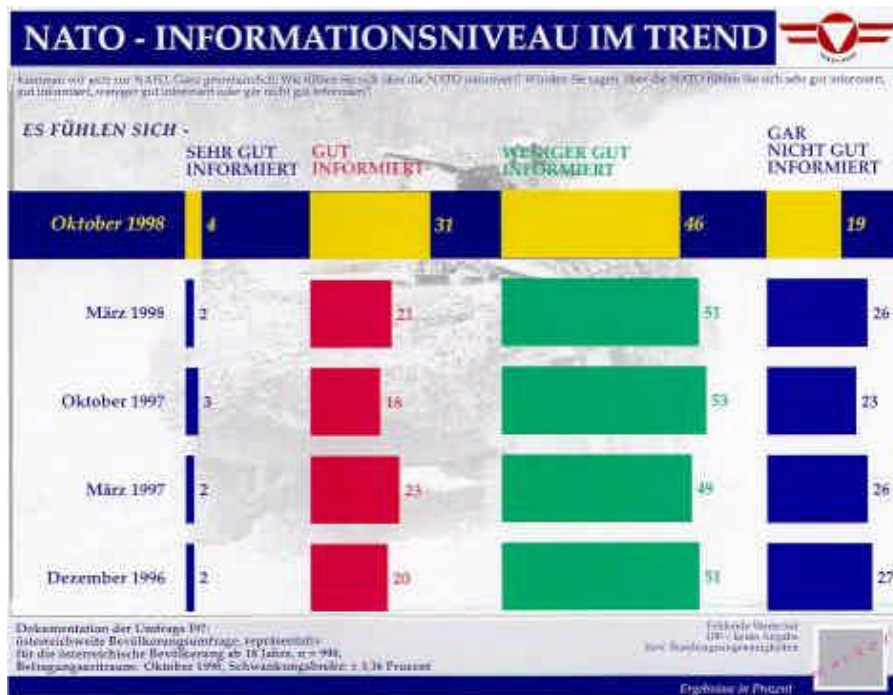
Frage 2: Die NATO ist ein gegenseitiger Beistandspakt: Wenn Österreich militärisch bedroht wird, erhalten wir von den anderen Mitgliedsstaaten Hilfe; wenn ein anderes NATO-Mitgliedsland militärisch bedroht wird, dann erhält es auch von Österreich Hilfe. Sind Sie unter diesem Aspekt dafür oder eher dagegen, daß Österreich der NATO beitrifft?

EINSTELLUNG ZUM NATOBEITRITT - IM TREND

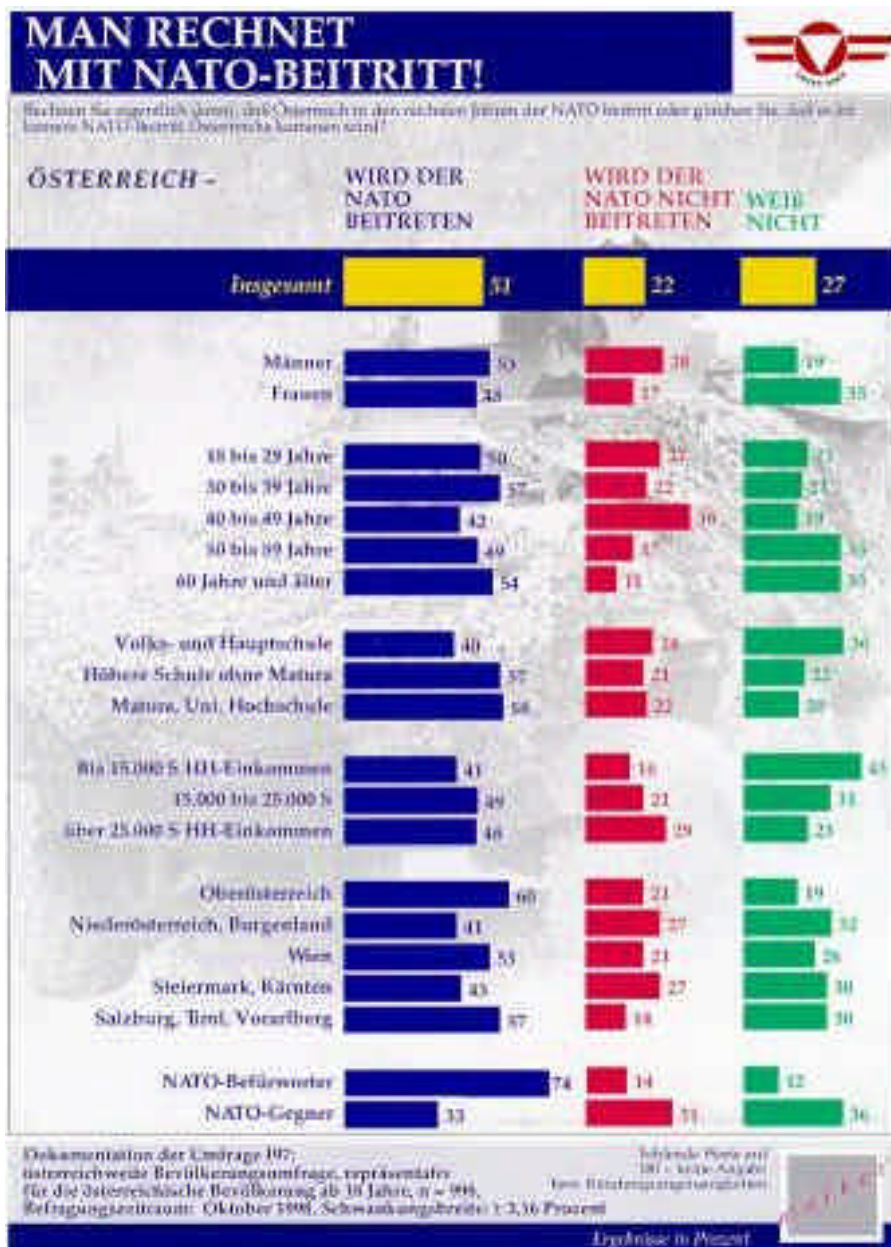


EINSTELLUNG ZUM NATOBEITRITT- Beistandspakt - IM TREND





Grundsätzlich rechnet die Hälfte der Bevölkerung ohnehin mit einem NATO-Beitritt; mit 57 Prozent liegen die Altersgruppe der 30-39jährigen sowie die Gruppe der Absolventen höherer Schulen deutlich über diesem Gesamtergebnis. Nur mehr knapp ein Viertel glaubt, daß es zu keinem NATO-Beitritt Österreichs kommt.



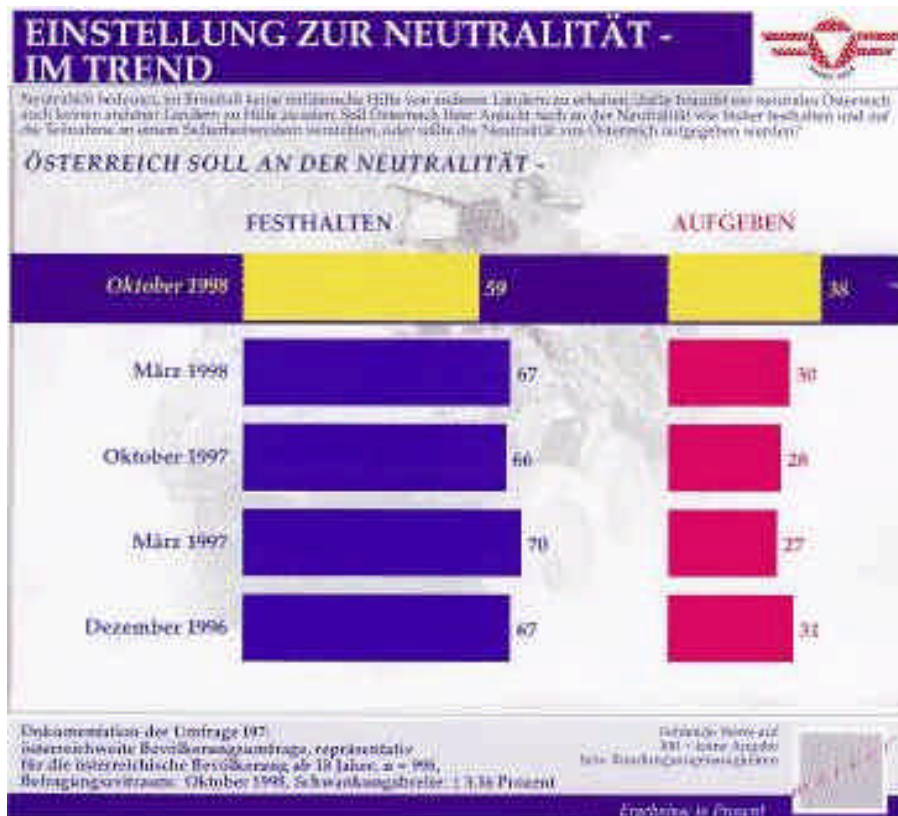
5. Die Neutralität

Der Stellenwert der Neutralität ist einem deutlichen Erosionsprozeß unterworfen: Nicht nur die Anzahl derer, die sie für besonders wichtig halten, ist seit März 1998 um 10 Prozentpunkte zurückgegangen, auch in der Rangreihenfolge unter 34 wichtigen politischen Aufgaben ist die Neutralität innerhalb eines halben Jahres von Platz 9 auf Platz 20 zurückgefallen und hat damit 11 Plätze verloren (siehe Tab. 1). Die Beibehaltung der Neutralität ist das einzige Thema, dessen Bedeutung mit großem Abstand geringer eingeschätzt wird.

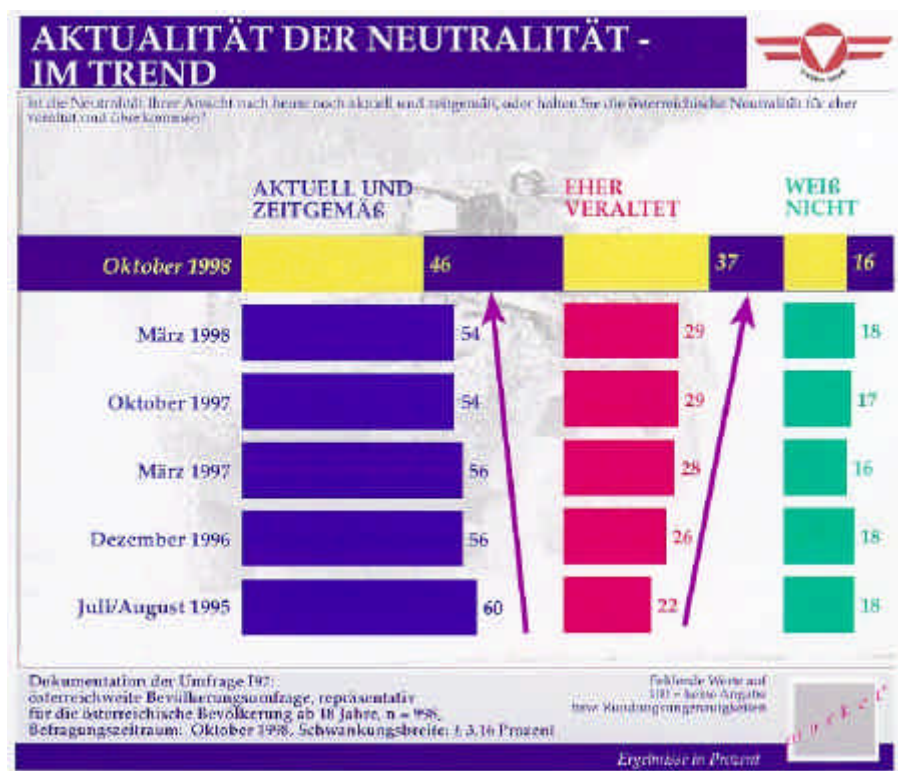
Staatsaufgaben	Rang 10/98	Rang 3/98	Rangdifferenz
Sicherung der Arbeitsplätze	1	1	0
Sicherung des Friedens in Europa	2	2	0
Verändern des Ausbrechens von Kriegen	3	3	0
Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung von Atomwaffen	4	4	0
Absicherung der sozialen Sicherheit in Österreich	5	5	0
Bekämpfung der Ausbreitung von gefährlichen Krankheiten und Seuchen	6	6	0
Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung	7	7	0
Bekämpfung des organisierten Verbrechens	8	13	5
Bekämpfung der internationalen Kriminalität	9	8	-1
Bekämpfung des internationalen Terrorismus	10	14	4
Kontrolle unkontrollierter Flüchtlingsströme	11	15	4
Sicherung der Demokratie in Europa	12	10	-2
Sicherung unserer Staatsgrenzen	14	11	-3
Verhinderung sozialer und politischer Unruhen	13	19	6
Bekämpfung der Armut in Europa	15	18	3
Wirksamer Natur- und Landschaftsschutz	16	12	-4
Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus	17	16	-1
Regelung der Asyl- und Einwanderungspolitik	18	20	2
Verhinderung instabiler politischer Verhältnisse	19	25	6
Aufrechterhaltung der Neutralität	20	9	-11

Tab. 1: Reihenfolge der Staatsaufgaben. Gravierende Veränderungen sind hervorgehoben

Seit Dezember 1996 ist die Anzahl derer, die das Festhalten an der Neutralität bevorzugen, von 67 % auf 59 % gefallen. Gleichzeitig ist der Anteil derer, die ausdrücklich für eine Aufgabe der Neutralität eintreten von 31 % auf 38 % gestiegen.



Die Frage nach der Aktualität der Neutralität unterstreicht den Befund vom „Alterungsprozess“: Seit Juli 1995 ist die Anzahl derer, die die Neutralität für aktuell und zeitgemäß halten, von 60 % auf 46 % zurückgegangen. Die Zahl derer, die die Neutralität als eher veraltet ansehen, ist im gleichen Zeitraum von 22 % auf 37 % angestiegen.



6. Beurteilung der Ergebnisse

Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend wies in einer ersten Beurteilung der Untersuchung auf den tiefgreifenden Meinungswandel hin. „Die Ergebnisse beweisen, daß die Notwendigkeit sicherheitspolitischer Entscheidungen von der Bevölkerung akzeptiert wird. Trotzdem möchte ich die Frage des Beitrittes zur NATO nicht als Wahlkampfthema verwenden, weil Sicherheitspolitik im Interesse Österreichs nicht für die Profilierung von politischen Parteien verwendet werden soll.“